

ZWISCHEN GESETZ, LOGISTIK UND REALITÄT

Amtshilfe als Daueraufgabe

In der migrationspolitischen Diskussion um Abschiebungen stehen meist politische Forderungen, Rückführungszahlen oder rechtliche Fragen im Mittelpunkt. Weniger Aufmerksamkeit erhält der Blick auf die praktische Umsetzung der Maßnahmen. Dabei stellen Rückführungen die Landesaufnahmebehörde (LAB) vielerorts vor operative Herausforderungen, die ohne Unterstützung der Polizei kaum zu bewältigen sind. Die ursprünglich als Amtshilfe gedachte Unterstützung ist in Niedersachsen längst zum Regelfall geworden. Für beide Behörden bedeutet dies eine dauerhafte personelle und organisatorische Belastung, deren Nutzen angesichts diverser gescheiterter Maßnahmen kritisch hinterfragt werden muss.

Marcel Rahe

Geschäftsführender Landesvorstand



Foto: GdP

Wenn die Strukturen nicht mitwachsen

Die Landesaufnahmebehörde verfügt zwar über eigene Verwaltungsvollzugsbeamte (VVB), stößt bei vielen Maßnahmen jedoch an ihre Grenzen. Eines der wesentlichen Probleme liegt in der personellen und organisatorischen Situation des Rückführungsvollzugs. Zwar wurden die zuständigen Bereiche der LAB Niedersachsen in den vergangenen Jahren schrittweise gestärkt, dennoch reichen die vorhandenen Kapazitäten vielerorts nicht aus. Durch Klageverfahren konnte mittlerweile immerhin eine Höhergruppierung der VVB von Entgeltgruppe (EG) 6 auf EG 9 erreicht werden. Offene Stellen, Personalwechsel und lange Einarbeitungszeiten erschweren aber den Aufbau belastbarer Strukturen. Hinzu kommen rechtliche Grenzen und fehlende materielle Ausstattung, die dazu führen, dass die Polizei weiterhin regelmäßig eingebunden werden muss. So gibt es zum Beispiel für die Anwendung von

Zwang in anderen Bundesländern starke Einschränkungen, sodass zwangsläufig z. B. die Verfügungseinheiten (VE) der Polizei hinzugezogen werden müssen, wenn das Ziel in diesen Ländern liegt. Auch die Fahrzeugflotte der LAB verfügt oft nicht über die Kapazitäten, die benötigt werden. Darum unterstützt die Polizei auch hier, was logistischen Aufwand bedeutet und den Fuhrpark der Polizei beansprucht.

Hohe Belastung bei unsicherem Erfolg

Aufgrund mangelnder Ressourcen wird die Polizei immer öfter auch mit Abschiebungen in Eigenregie betraut. 2025 entsprach der Umfang der von den VEen übernommenen Aufgaben in einigen Regionen rechnerisch mehr als einer kompletten Vollzugseinheit. Die Einheiten sind durch die Daueramts Hilfe entsprechend besonders belastet. Sie übernehmen oder unterstützen Zugriffe, Transporte und weitere Unterstützungsleistungen, obwohl sie gleichzeitig

für eine Vielzahl originärer polizeilicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Einsätze selbst sind häufig mit erheblichem Aufwand und besonderer Belastung verbunden, weil viele Maßnahmen in den frühen Morgenstunden beginnen und weite Strecken bedeuten. Lange Fahrten zu Bundesgrenzen oder Flughäfen, kurzfristige Änderungen, die Einbindung medizinischer Begleitungen und komplexe rechtliche Vorgaben verkomplizieren die Planung und Durchführung zusätzlich. Hinzu kommen kurzfristig angeordnete Maßnahmen, etwa wenn Personen nach richterlicher Entscheidung in Ausreisegewahrsam verbracht werden müssen. Neben der Planung und Durchführung der Einsätze fallen außerdem umfangreiche Dokumentations- und Koordinierungsaufgaben an.

Frustrierend ist dabei, dass selbst aufwendig vorbereitete Maßnahmen häufig nicht erfolgreich abgeschlossen werden können. So sind Betroffene in Sammelunterkünften oft nicht in ihrem Zimmer anzutreffen, was bereits zum Abbruch der Maßnahme führen kann. Und selbst wenn sie anwesend sind, aber nicht öffnen, ist seit diesem Jahr ein Durchsuchungsbeschluss erforderlich, um sich Zugang zu verschaffen. Liegt dieser nicht vor und wird die Tür nicht freiwillig geöffnet, ist der Zugang nicht rechtens. Selbst nach erfolgreichem Zugriff ist eine erfolgreiche Rückführung nicht gewährleistet. Immer wieder müssen Maßnahmen abgebrochen werden, weil durch Gegenwehr eine Selbst- oder Fremdgefährdung vorliegt. Insbesondere den VVB, denen es an Befugnissen und Ausrüstung zur Anwendung von Zwang mangelt, sind dann die Hände gebunden. Bei Abschiebungen per Flugzeug können Fluggesellschaften, Piloten oder die Besatzung eine Mitnahme verweigern, wenn aus Sicht der verantwortlichen Crew Sicherheitsbedenken bestehen, etwa weil Betroffene sich unkooperativ zeigen, sperren, wehren oder den Eindruck erwecken, medizinisch eingeschränkt zu sein. Sofern kein Haftgrund vorliegt, müssen diese Personen dann teilweise am Flughafen auf freien Fuß gesetzt werden. Auch erfolgreiche Rückführungen an eine Bundesgrenze sind kein Garant für einen nachhaltigen Vollzugserfolg. Aus der Praxis wird berichtet, dass zurückgeführte Personen unmittelbar nach dem Grenzübertritt wieder nach Deutschland zurückkehren.



In Einzelfällen waren sie aufgrund der vorgeschriebenen Ruhezeiten der eingesetzten Kräfte sogar noch vor diesen wieder an ihrem ursprünglichen Aufenthaltsort.

Schwierige Rahmenbedingungen und mangelhafte Koordination

Neben diesen operativen Herausforderungen bestehen diverse bürokratische Hürden schon bei der Planung einer erfolgreichen Rückführung. Als problematisch erweist es sich zum Beispiel, die unterschiedlichen Dienstpläne zwischen Polizei und LAB zu koordinieren, die unterschiedlichen arbeitszeitrechtlichen Vorgaben unterliegen. Herausforderungen entstehen hier unter anderem bei weiten Strecken, die aus Gründen der Arbeitszeit eine anschließende Übernachtung bedingen. Auch bestimmte Zugriffszeitpunkte in der Nacht oder richterliche Entscheidungen, die unmittelbare Maßnahmen erfordern, wie das Überstellen in Abschiebehaft, müssen bei der Personalplanung berücksichtigt werden. Weitere bürokratische Herausforderungen entstehen bei länderübergreifenden Absprachen mit unterschiedlichen Regelungen oder der Beachtung strikter Fristen sowie zeitlicher Puffer. Denn Rückführung ist nicht gleich Rückführung: Je nachdem, ob eine ärztliche Begleitung notwendig ist, es sich um eine Maßnahme mit Haftbeteiligung handelt, es Dublin-Fälle mit zeitlichem Druck betrifft, Wartezeiten an Flughäfen einzuplanen oder kurzfristig erforderliche Verlängerungen zu beachten sind, ergeben sich unterschiedliche Vorgehensweisen.

Während dabei auf Planungsebene Ausländerbehörden, Innenministerium, LAB, Landes- und Bundespolizei sowie diverse weitere Akteure involviert sind, zeigen sich in der Praxis die Defizite des Systems bei unklaren Zuständigkeiten, mangelhafter Transparenz und Vernetzung sowie einer schleppenden behördenübergreifenden Koordinierung. So verhindern aktuell zum Beispiel datenschutzrechtliche Einschränkungen eine landesweite Übersicht aller Maßnahmen, was dazu führt, dass bereits Rückführungen aus Oldenburg und Osnabrück zu einem gemeinsamen Flug ab Frankfurt vollständig getrennt voneinander geplant und durchgeführt wurden. Politische Erwartungen und damit verbundene bürokratische Anforderungen entwickeln sich konsequent weiter, während die vorhandenen Kapazitäten kaum Schritt halten können. Die Konsequenzen dafür tragen aktuell die Beschäftigten von LAB und Polizei. Wünschenswert wäre darum eine einheitliche, klare Struktur, beispielsweise durch eine bundesweit zuständige Zentralstelle.

Gute Zusammenarbeit auf Arbeitsebene

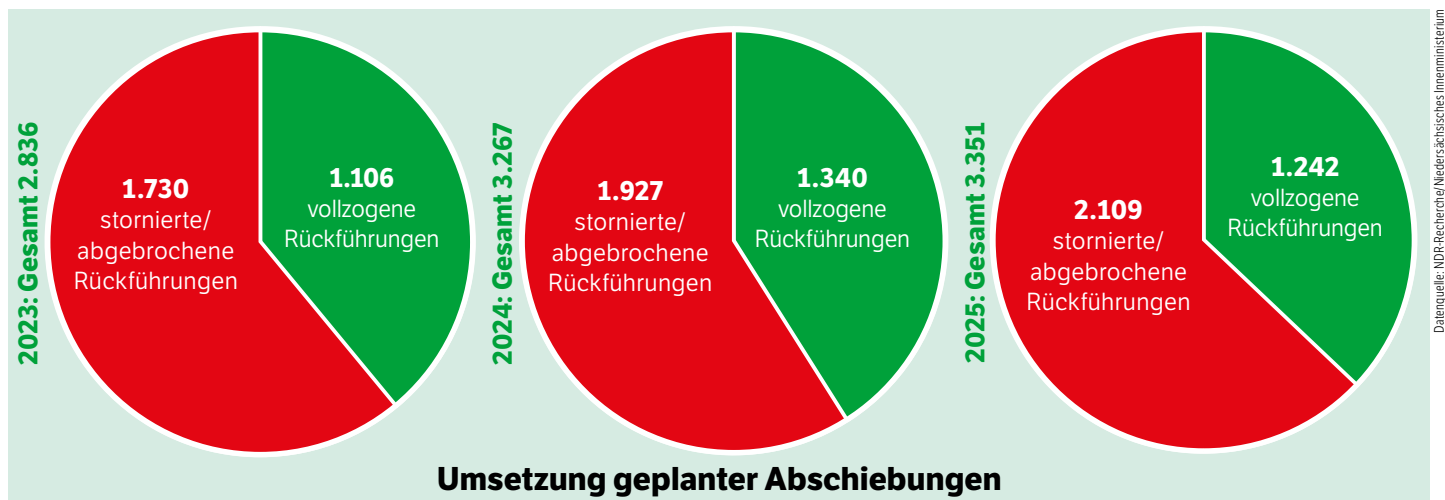
Dabei beurteilen die beteiligten Kräfte die Zusammenarbeit zwischen Polizei, LAB und Ausländerbehörden auf Arbeitsebene ausdrücklich positiv. Hier werden pragmatische Lösungen gefunden und Probleme gemeinsam bewältigt. Letztlich sorgt dieses konstruktive Miteinander dafür, dass das System trotz aller Schwierigkeiten weiterhin funktioniert. Es sind vielmehr personelle Engpässe,

fehlende Befugnisse und unzureichende Strukturen, die die Beteiligten dazu zwingen, pragmatische Lösungen zu finden.

Dass auch strukturelle Verbesserungen möglich sind, zeigt die Entwicklung im Rückführungsvollzug Bramsche. Dort findet mittlerweile im Vorfeld eine eigenständige Bewertung statt, ob polizeiliche Unterstützung erforderlich ist, sodass kein Automatismus mehr die Polizei einbindet. Jede eigenständig durchgeführte Maßnahme entlastet die Polizeikräfte spürbar.

Politische Ziele brauchen passende Strukturen

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen vor allem, dass Rückführungen keine Standardmaßnahme darstellen. Die besonderen Umstände erfordern erhebliche personelle und organisatorische Ressourcen. Solange diese nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind, wird die Polizei weiterhin Aufgaben übernehmen müssen, die eigentlich außerhalb ihres Kernauftrags liegen, ohne dass für diesen Aufwand entsprechende Ressourcen zugeteilt werden und dessen Effektivität gewährleistet ist. Um eine Ausweitung von Rückführungen zu ermöglichen, müssen zugleich die personellen, organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. In erster Linie bedeutet das, die LAB so auszustatten, dass sie ihre gesetzlichen Aufgaben eigenständig wahrnehmen kann. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass erforderliche Amtshilfe nicht dauerhaft dazu führt, dass Polizeikräfte ihren originären Aufgaben entzogen werden. ■





SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG (SBV)

Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung 2026

In diesem Jahr stehen wieder die Wahlen für die Schwerbehindertenvertretung (SBV) an. Von Oktober bis November werden die örtlichen Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen in den Dienststellen gewählt.

Björn Meißner

Hauptschwerbehindertenvertretung

Auf jeder Dienststelle, in der wenigstens fünf Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise ihnen gleichgestellte nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, werden eine SBV (Vertrauensperson) und wenigstens ein stellvertretendes Mitglied gewählt. Erfahrungsgemäß treten beim Thema Schwerbehindertenvertretung viele Fragen auf.

Was macht die SBV?

Die SBV ist die gewählte Vertretung der Menschen mit Schwerbehinderung/Gleichstellung in den Dienststellen. Die gesetzliche Grundlage ist das Sozialgesetzbuch IX (SGB IX). Sie ist neben den Personalräten ein eigenständiges Gremium, legitimiert durch die Wählerinnen und Wähler, und kein Teil der Dienststelle. Der Dienstherr unterstützt die Arbeit der SBV, hat aber keinen Einfluss auf die Wahl oder die Ausübung ihrer Tätigkeit.

Die Schwerbehindertenvertretung hat die Aufgabe, die berufliche Integration der Schwerbehinderten/Gleichgestellten in der Dienststelle zu fördern, ihre Interessen in der Dienststelle zu vertreten und ihnen beratend und helfend zur Seite zu stehen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Schwerbehindertenvertretung in allen Angelegenheiten, die einen einzelnen oder die behinder-

ten Menschen als Gruppe berühren, unverzüglich und umfassend zu unterrichten und vor Entscheidungen anzuhören. Damit wird gewährleistet, dass sich die Schwerbehindertenvertretung in die Meinungsbildung des Arbeitgebers einbringen und aus ihrer Sicht notwendige Hinweise geben kann.

Des Weiteren hat die SBV das Recht, an den Sitzungen des Personalrates teilzunehmen, ist aber kein Teil des Personalrates, sondern ein eigenständiges Gremium.

Gibt es überhaupt Schwerbehinderte in der Polizei?

Menschen mit Behinderungen gibt es viele in der Polizei. Nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Exekutive.

Klar müssen unsere Anwärterinnen und Anwärter hohe Voraussetzungen in ihrer gesundheitlichen Eignung mitbringen, um überhaupt in den Polizeivollzugsdienst eintreten zu können. Allerdings kommt dann manchmal das dazwischen, was wir Leben nennen. Unser

ehemaliger Bundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte in seiner Weihnachtsansprache 1987 treffend: „Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das je-

dem von uns jederzeit genommen werden kann.“

Die Polizei ist der viel zitierte Spiegel der Gesellschaft und in Deutschland hat laut Statistischem Bundesamt fast jeder zehnte Mensch eine anerkannte Schwerbehinderung.

Eine Behinderung sagt nichts über die Leistungsfähigkeit eines Menschen aus. Die Frage muss immer lauten: „Was kannst du?“, und nicht: „Was kannst du nicht?“

Sowohl die PDV 300 als auch das NBG schließen eine Behinderung, Schwerbehinderung oder Gleichstellung ausdrücklich **nicht** vom Dienst in der Polizei aus. Für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte gilt selbstverständlich das Gleiche.

Warum sollte ich mich engagieren?

Die Aufgaben der SBV sind vielfältig und interessant. Die wichtigste Voraussetzung für das Amt ist meines Erachtens, Menschen zu mögen und sich gerne für sie einzusetzen. Das nötige Fachwissen bekommt man im Laufe seiner Amtszeit. Es gibt diverse Grundlehrgänge von Integrationsämtern, anderen Organisationen und auch polizeiinterne Möglichkeiten durch die Hauptschwerbehindertenvertretung. Die SBVen freuen sich auf viele interessierte Kolleginnen und Kollegen und informieren gerne über diese spannende Tätigkeit. Eine eigene Behinderung ist für diese Aufgabe übrigens nicht erforderlich.

Fakt ist: Es macht Spaß, sich um Menschen zu kümmern, man erweitert sein Wissen, erlangt tiefe Einblicke in die Arbeit der Personalräte und steht in direktem Kontakt mit den dienstlich Verantwortlichen.

Ich mache diese Arbeit seit 19 Jahren und bin noch immer mit Begeisterung dabei. Ich hoffe, euch mit dieser Begeisterung anstecken zu können. Werdet aktiv, stellt euch für die Schwerbehindertenvertretung zur Verfügung! ■



Foto: privat



GdP-BUNDESKONGRESS VOM 2. BIS 5. NOVEMBER 2026

Unsere Anträge für Berlin

Anfang November tritt mit dem 28. Ordentlichen Bundeskongress das höchste Gremium unserer Gewerkschaft zusammen. Fristgerecht haben wir unsere Anträge nach Berlin übersandt, wo sie Ende August von der Antragsberatungskommission vorbereitet werden. Nachfolgend stellen wir vor, welche Themen wir auf Bundesebene voranbringen wollen.

Philipp Mantke Landesredakteur

Demokratie schützen – Polizei als Garantin des demokratischen Rechtsstaats stärken

Die Polizei ist zentrale Garantin für den Schutz der Demokratie, des Rechtsstaates und der inneren Sicherheit in Deutschland. Gleichzeitig nehmen extremistische Bestrebungen, Desinformation und Angriffe auf demokratische Institutionen spürbar zu. Mit unserem Antrag wollen wir die Rolle der Polizei als ebendiese Garantin stärker in den Fokus rücken.

Die GdP soll sich dafür einsetzen, Demokratiebildung, politische Bildung und die Stärkung demokratischer Resilienz innerhalb der Polizei weiter auszubauen. Dazu gehört eine klare Haltung gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen, die Förderung einer demokratischen Organisationskultur sowie die Unterstützung von Beschäftigten, die täglich für die Werte unseres Grundgesetzes eintreten. Dazu gehört auch eine klare Abgrenzung gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Die Mitgliedschaft in der GdP ist deshalb nicht mit einer aktiven Funktion für die AfD vereinbar.

Aufgabenprofil und Mehrwert der GdP-Bundesebene für die Landesbezirke und Bezirke

Die GdP lebt von der Arbeit ihrer Landesbezirke und Bezirke vor Ort. Gleichzeitig übernimmt die Bundesebene wichtige Aufgaben in der politischen Interessenvertretung, der strategischen Ausrichtung und der bundesweiten Koordinierung gewerkschaftlicher Themen. Mit unserem Antrag wollen wir mehr Transparenz darüber schaffen, welche Aufgaben auf

Bundesebene wahrgenommen werden und welchen konkreten Mehrwert sie für die Gliederungen und ihre Mitglieder bieten.

Ziel ist es, die Aufgaben der Bundesebene klarer zu beschreiben, Zuständigkeiten nachvollziehbar darzustellen und Synergien zwischen Bund und Landesbezirken noch besser zu nutzen. Dadurch sollen Akzeptanz, Transparenz und eine gemeinsame Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der GdP gestärkt werden. Die Bundesebene soll dort tätig werden, wo gemeinsame Interessenvertretung einen echten Mehrwert schafft und bundesweite Lösungen erforderlich sind.

Weitere politische Themen

Anpassung der Höhe des Elterngelds – der Höchstsatz von 1.800 Euro gilt seit 2007. Der Antrag fordert, diesen Höchstsatz entsprechend der Inflation anzupassen.

Auskunftssperre – der Antrag fordert eine Änderung des Bundesmeldegesetzes, um die Schwelle für erfolgreiche Anträge auf Auskunftssperren abzusenken.

Anerkennung von PTBS als Berufskrankheit bei Polizeibeschäftigten – die bisherige Anerkennungspraxis posttraumatischer Belastungsstörungen wird der Realität des Polizeidienstes nicht gerecht und soll überarbeitet werden.

Fahrradhelm: Empfehlung statt gesetzlicher Verpflichtung – die GdP soll anstelle der Forderung nach einer Helmpflicht auf Freiwilligkeit setzen und den politischen Fokus auf den Ausbau der Radinfrastruktur lenken.

ligkeit setzen und den politischen Fokus auf den Ausbau der Radinfrastruktur lenken.

Weitere GdP-interne Themen

Verantwortungsvoller Einsatz von KI in der ÖA der GdP – der Antrag fordert die Entwicklung von Leitlinien für den Einsatz von KI in der GdP, die einen verantwortungsvollen Einsatz fördern und die Glaubwürdigkeit der GdP schützen.

Lizenzierung einer Bilddatenbank für die GdP – den Landesbezirken und Bezirken der GdP soll für die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit der Zugriff auf eine renommierte Bilddatenbank zur Verfügung gestellt werden.

Reisekosten für Bildungsseminare der GdP Bund – die Reisekosten sollen auf die Höhe der Erstattung der Reisekosten zu Gremiensitzungen angehoben werden.

Erweiterte Mitgliedschaft für Partner verstorbener Mitglieder – der Antrag fordert eine Neuregelung der Mitgliedschaft von Hinterbliebenen, da beispielsweise die Fristen aktuell zu knapp gesetzt sind. ■

Wir stärken was schützt

28. Ordentlicher Bundeskongress



Gewerkschaft der Polizei



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

In dieser Ausgabe

BG Hannover

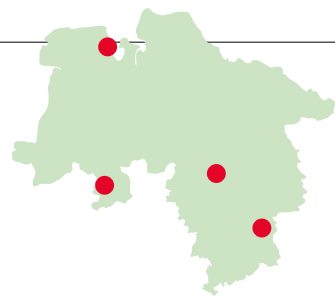
BG ZPD

BG LKA

KG Goslar

KG Wilhelmshaven/Friesland

KG Osnabrück



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

GdP-BG Hannover begleitet Behördenmarathon in Hannover

Auch in diesem Jahr unterstützte die Bezirksgruppe Hannover den Behördenmarathon in Hannover und war im Camp der Polizei mit einem eigenen Stand vertreten.

Für die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen standen während und nach der Veranstaltung Kaltgetränke bereit. Darüber hinaus bot der Stand die Gelegenheit für zahlreiche gute Gespräche in angenehmer Atmosphäre. Der persönliche Austausch abseits des dienstlichen Alltags wurde von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gerne genutzt.

Nach dem Zieleinlauf durfte auch das mittlerweile traditionelle alkoholfreie Wei-



Foto: GdP Niedersachsen

zen nicht fehlen. Es sorgte für die verdiente Erfrischung nach den sportlichen Anstrengungen und rundete den gelungenen Veranstaltungstag ab.

Die Bezirksgruppe Hannover bedankt sich bei allen Helferinnen und Helfern sowie bei den teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen für ihren Einsatz und freut sich bereits auf den nächsten Behördenmarathon. ■

Das Team der GdP Niedersachsen versorgte die teilnehmenden Kolleg:innen mit erfrischenden Getränken.

Familienwanderung der KG Goslar

Die Kreisgruppe Goslar hatte erneut zu einer Familienwanderung nach Bad Harzburg eingeladen – und nicht nur Mitglieder folgten dem Ruf in die Natur. Etliche Kolleginnen und Kollegen nutzten die Gelegenheit, um gemeinsam mit ihren Kindern teilzunehmen. Das bunte Treiben und das Lachen der Kinder verliehen dem Ausflug von Beginn an eine wunderbar lebendige und familiäre Atmosphäre.

Gespräche. Es wurde sich nicht nur über private Themen ausgetauscht, sondern auch intensiv über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit und die Herausforderungen im „Haus“ diskutiert. Dieser ungezwungene Austausch unter freiem Himmel zeigte einmal mehr, wie wichtig der direkte Draht zueinander ist.

Das Finale eines perfekten Tages bildete schließlich der gemeinsame Abstieg, den alle Teilnehmenden gut gelaunt und mit tollen Erinnerungen im Gepäck zu Fuß meisterten.

Ein großes Dankeschön gilt allen, die dabei waren und diesen Tag zu einem echten gewerkschaftlichen Highlight gemacht haben!

Getrennte Wege – gemeinsames Ziel am Luchsgehege

Am Startpunkt teilte sich die Gruppe zunächst auf, um jedem Fitnesslevel gerecht zu werden: Während die einen den Aufstieg sportlich direkt unter die Wanderschuhe nahmen, wählten die Familien mit kleineren Kindern oder jene, die es etwas gemütlicher angehen wollten, die Fahrt mit der traditionsreichen Burgbergseilbahn. Am Luchsgehege fanden beide Gruppen wie geplant wieder zusammen. Die Wanderpassagen boten abseits des stressigen Dienstatags den perfekten Rahmen für das, was eine starke Gemeinschaft ausmacht: Zeit für gute, tiefgehende

Fütterung und Hüttenzauber als Höhepunkte

Das absolute Highlight für Groß und Klein wartete am Gehege: Die Gruppe durfte hautnah bei der Fütterung der Luchse dabei sein. Untermalt wurde dieses Spektakel von einem ebenso spannenden wie lehrreichen Vortrag des Rangers Marko, der mit faszinierenden Details über die Harzer Wildkatzen nicht nur die Augen der Kinder zum Leuchten brachte.

Nach diesem Erlebnis zog die Gruppe weiter zum wohlverdienten, gemütlichen Ausklang. Im Waldgasthaus Rabenklippe kehrte die Wandergesellschaft ein, um sich mit leckeren Speisen und kühlen Getränken zu stärken. Bei bester Stimmung wurde viel gelacht und die Gemeinschaft gefeiert.

Holger Dalichow



Foto: GdP KG Goslar

Die Luchsfütterung und der Vortrag von Ranger Marko begeisterten Groß und Klein.



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Foto: GdP-KG Wilhelmshaven/Friesland



Fritz Meyer und Bernd-Rainer Otten

KG Wilhelmshaven/ Friesland ehrt Fritz Meyer

Am 8. April 2026 übergab Bernd-Rainer Otten, Seniorenvertreter der GdP-Kreisgruppe Wilhelmshaven/Friesland, Fritz Meyer die Jubiläumsurkunde für seine 70-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Mit beeindruckenden 90 Jahren blickt Fritz Meyer auf ein außergewöhnliches Leben voller Engagement, Pflichtbewusstsein und Treue zur Gewerkschaft zurück. Sein jahrzehntelanger Einsatz verdient höchste Anerkennung und Respekt. Die GdP bedankt sich herzlich für die langjährige Unterstützung und Verbundenheit. Wir gratulieren Fritz Meyer zu diesem besonderen Jubiläum und wünschen weiterhin Gesundheit, Glück und alles Gute.

Bernd-Rainer Otten



Das Team der GdP beim Tag des Sports

GdP richtet erneut Sommerfest der ZPD aus

Am 28. Mai 2026 fand der alljährliche Tag des Sports in der ZPD statt. Traditionsgemäß wurde dieser am Vormittag durch die GdP - vertreten durch KG ZPD Hannover und unsere tatkräftigen Seniorinnen und Senioren - begleitet. Neben frischem Obst und erfrischenden Getränken gab es viele gute Gespräche. Nach dem sportlichen Engagement zog es einen Großteil der knapp 400 Teilnehmenden zum Ausklang des Tags des Sports in den Bereich der Grillhütte „Yogis Eck“. Hier reichte die KG Bepo Hannover kühle Getränke und es wurde endlich wieder einmal bis in die späten Abendstunden besinnlich zusammengesessen. Abgerundet wurde der Nachmittag mit Livemusik der als „PA Band“ bekannten, aber richtigerweise „Blue Offspring“ genannten Band vierer Studierenden aus Hann. Münden. Ein großer Dank gebührt allen Helferinnen und Helfern hinter Tresen, Grill und natürlich den Künstlerinnen und Künstlern an den Musikinstrumenten. **Wolfgang Schepker**

Foto: GdP-KG Bepo Hannover



Foto: GdP-KG Osnabrück

Wasserski- Aktion der KG Osnabrück

Am 1. Juli hat die GdP-Kreisgruppe Osnabrück die Wasserskibahn in der Strandarena am Alfsee bei Rieste exklusiv angemietet.

Fast 30 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Dienststellen und Einsatzbereichen der Kreisgruppe nutzten die Gelegenheit, gemeinsam Wasserski und Wakeboard zu fahren. Neben dem sportlichen Spaß stand vor allem der Austausch untereinander im Mittelpunkt. Die Veranstaltung bot eine gute Möglichkeit, sich dienststellenübergreifend zu vernetzen und bestehende Kontakte zu pflegen.

Den gelungenen Nachmittag ließen die Teilnehmenden bei kühlen Getränken in entspannter Atmosphäre gemeinsam ausklingen. ■

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
Landesredaktion.Niedersachsen@gdp.de



alltours

ALLSUN NUMA SIDE

Doppelzimmer | All Inclusive
am 07.10.2026
ab Hannover

- umfassend renoviertes Ferienresort
- wenige Schritte zum hoteleigenen Strandabschnitt
- tropischer Garten, große Poollandschaft
- vielfältiges Sport- und Fitnessangebot

962€ pro Person

*NUR 2800€ FÜR DIE GANZE FAMILIE (2 ERW. + 2 KI.)



0511 530 380



service@gdp-service.de



gdp_touristik



www.gdp-service.de



Ehrungen

Wir gratulieren zur langjährigen Mitgliedschaft

40 Jahre

Uwe Pätzold

25 Jahre

Uta Dröschel, Kevin Herbst

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Jahreshauptversammlung der BG LKA



Uwe Pätzold, Uta Dröschel und Kevin Herbst wurden für langjährige Mitgliedschaften geehrt.

Bei hochsommerlichen Temperaturen fand am 24. Juni 2026 die diesjährige Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe LKA Niedersachsen bei „Chiefs Catering“ auf dem Gelände der Bundespolizei in Hannover statt. Der Vorsitzende Dominik Ernst blickte auf das erste Jahr des neu gewählten Vorstands zurück. Im Mittelpunkt standen die Aktivitäten der Bezirksgruppe, darunter das erste Oktoberfest der BG LKA, die Glühweinaktion am Waterloo sowie die erneute Unterstützung des



Dominik Ernst (rechts) begrüßt Tobias Scholz als stellv. Kassierer im Team der Bezirksgruppe.

Tags des Sports des LKA mit einem Getränke- und Obststand. Auch aus den Personengruppen wurde berichtet. Heike Peters informierte für die Frauengruppe über deren Aktivitäten, unter anderem über einen gemeinsamen Kinobesuch mit den Bezirksgruppen ZPD und PD Hannover. Maria Friederich berichtete aus der Seniorengruppe, deren Mitglieder sich regelmäßig zum gemeinsamen Austausch treffen. Im Rahmen der Versammlung wurde Tobias Scholz zum stellvertretenden Kassierer

Fotos: BG LKA

gewählt. Zudem wurde Petra Elsner zur Kassenprüferin gewählt. Die Durchführung der Wahlen übernahm erneut Herbert Kunkel, dem hierfür herzlich gedankt wurde.

Mit einem Ausblick auf den Bundeskongress der GdP im November sowie die kommenden Veranstaltungen der Bezirksgruppe endete der offizielle Teil der Versammlung. Beim anschließenden Grillbuffet blieb Zeit für persönliche Gespräche und den kollegialen Austausch.

Die Bezirksgruppe lebt vom Mitmachen. Wir freuen uns über alle, die unsere Veranstaltungen besuchen oder sich aktiv einbringen.

Dominik Ernst
Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe
LKA Niedersachsen

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Unangekündigt zugesandte Artikel können nicht immer in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden. Zuschriften für die übernächste Ausgabe 10/2026 können bis zum 28. August 2026 per Teams oder E-Mail an Landesredaktion.niedersachsen@gdp.de übersandt werden. **Vielen Dank!**

Anzeige



Landesaufnahmebehörde
Niedersachsen

Zur Unterstützung unseres Teams im Fachbereich Rückführungsplanung und -koordination suchen wir für eine befristete Beschäftigung in Vollzeit/Teilzeit oder auf Minijobbasis an unserem Dienstort in Langenhagen

Pensionierte Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen (m/w/d)

Suchen Sie nach einer neuen Herausforderung und verfügen über:

- Berufserfahrung im aktiven Polizeidienst,
- Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein,
- Teamgeist und Organisationsstärke,

dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung unter: bewerbung@lab.niedersachsen.de.

Informieren Sie sich unter:
www.lab.niedersachsen.de
Fr. Lehmann Tel. 0531 3547- 434

Arbeitgeber
Niedersachsen **Sicher.**

